

<p>Bezeichnung des Entwurfs Entwurf einer Verordnung des Ministers für Entwicklung, Arbeit und Technologie zur Änderung der Verordnung über die technischen Bedingungen, die von Gebäuden und deren Standort zu erfüllen sind,</p> <p>Leitendes Ministerium und kooperierende Ministerien Ministerium für Entwicklung und Technologie</p> <p>Für den Entwurf verantwortliche Person auf der Ebene eines Ministers, Staatssekretärs oder Unterstaatssekretärs Waldemar Buda, Minister für Entwicklung und Technologie</p> <p>Kontaktdaten der Beauftragten für den Entwurf Karolina Gzowska – Institut für Architektur, Bauwesen und Vermessung im Ministerium für Entwicklung und Technologie E-Mail-Adresse: karolina.gzowska@mrit.gov.pl</p> <p>Małgorzata Wójtowicz – Abteilung für Architektur, Bauwesen und Vermessung im Ministerium für Entwicklung und Technologie E-Mail-Adresse: malgorzata.wojtowicz@mrit.gov.pl</p>	<p>Datum der Vorbereitung 25 Mai 2023</p> <p>Quelle: Gesetzliche Ermächtigung – Art. 7 Abs. 2 Nr. 1 Baugesetz vom 7. Juli 1994 (Gesetzblatt von 2023, Pos. 682 in der geänderten Fassung)</p> <p>Nummer in der Liste der legislativen Arbeiten des MRIT: 100</p>
---	---

GESETZESFOLGENABSCHÄTZUNG

1. Welches Problem wird angesprochen?

Die Änderungsentwürfe der Verordnungen zielen in erster Linie darauf ab, die Praktiken im Zusammenhang mit dem sogenannten „Pathoentwickler“ (auf Polnisch: patodeweloperka) zu verringern, d. h. Tätigkeiten, die auf eine Gewinnmaximierung auf Kosten einer guten Architektur, des gesunden Menschenverstands und manchmal auch regulatorischer Anforderungen abzielen.

Zu den Problemen im Zusammenhang mit dem „Pathoentwickler“ gehören ein enger Abstand zwischen Mehrfamilienwohngebäuden, die auf benachbarten Grundstücken errichtet wurden, übermäßiger Lärm in Wohngebäuden, unbequeme Balkone, kleine Spielplätze in einem unattraktiven Teil der Bebauung und „betonierte“ Freiflächen und Plätze.

Folglich hat das Ministerium für Entwicklung und Technologie damit begonnen, die Vorschriften für den Bau von Mehrfamilienhäusern mit Sorge um den Komfort der zukünftigen Bewohner und unter Berücksichtigung der Interessen der Bauträger zu präzisieren.

Darüber hinaus wird das Problem der fehlenden Möglichkeiten für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ihren physiologischen Bedürfnissen im öffentlichen Raum gerecht zu werden, angesprochen, d. h. in öffentlichen Gebäuden gibt es keine speziell angepassten Räume, in denen Personen mit erheblichen oder mehrfachen Behinderungen mithilfe ihres Pflegepersonals unter menschenwürdigen und sicheren Bedingungen hygienische Tätigkeiten durchführen könnten.

2. Die empfohlene Lösung, einschließlich der geplanten Interventionsinstrumente und der erwarteten Auswirkungen

Die wichtigsten inhaltlichen Änderungen in Bezug auf die Regelungen in der derzeitigen Verordnung des Ministers für Infrastruktur vom 12. April 2002 über die technischen Bedingungen, die von Gebäuden und deren Standort zu erfüllen sind (Gesetzblatt von 2022, Pos. 1225) sind:

- 1) eine Änderung des Abstands von der Grundstücksgrenze bei Mehrfamilienwohngebäuden mit einer Höhe von mehr als vier Etagen sowie eine Änderung der Entfernung des Balkons in solchen Gebäuden von der Grundstücksgrenze;
- 2) die Einführung eines Mindestabstands von Produktions- und Lagergebäuden zu einem Wohngebäude oder einem Mehrfamilienhaus;
- 3) Einführung einer akzeptablen Anzahl von Parkplätzen für Personenkraftwagen, die ausschließlich von Personen mit Behinderungen in der Nähe von Fenstern genutzt werden;
- 4) obligatorische Installation von Grünflächen auf öffentlich zugänglichen Plätzen;
- 5) neue Anforderungen an Kinderspielplätze und Erholungsgebiete;
- 6) Festlegung einer Mindestfläche für Gewerbeflächen;
- 7) die Einführung einer Anforderung an öffentlich zugängliche Räume, die es einem Erwachsenen mit besonderen Bedürfnissen ermöglichen, zu manövrieren;
- 8) die Einführung einer Anforderung für geeignete Trennwände zwischen Balkonen;
- 9) die Einführung von Anforderungen für die Lagerung von Fahrrädern und Kinderwagen in

- Mehrfamilienwohngebäuden;
- 10) Verbesserung der Schalldämmung der Eingangstür zur Wohnung;
- 11) die Einführung einer obligatorischen Verwendung von Trennwänden zwischen zwei Wohnungen in Einfamilienhäusern, die den geltenden akustischen Anforderungen entsprechen (ähnlich den Anforderungen zwischen zwei Wohnungen in einem Mehrfamilienhaus), sowie die Nichtbehinderung der Schalldämmung von Trennwänden bei Bauarbeiten in Wohngebäuden.

3. Wie wurde dieses Problem in anderen Ländern, insbesondere in den OECD/EU-Mitgliedstaaten, gelöst?

Die Frage der Regulierung ist Sache des nationalen Rechts. Die vorgeschlagene Verordnung hat einen regulatorischen Charakter in Bezug auf die durch das Gesetz angenommenen Lösungen; daher sind keine detaillierten Vergleiche mit anderen OECD/EU-Ländern vorgesehen.

Darüber hinaus werden aufgrund des eingeschränkten Zugriffs auf diese Art von Informationen im Folgenden nur ausgewählte Daten angegeben.

Gebäudeabstände von der Grundstücksgrenze – Vergleich mit anderen Ländern:

Nach litauischen Vorschriften hängt der Gebäudeabstand eines Wohngebäudes von der Grundstücksgrenze von der Höhe des Gebäudes ab (z. B. eine Entfernung von 3 m bei einem Gebäude mit einer Höhe von 8,5 m, jeder zusätzliche Höhenmeter macht es notwendig, das Gebäude von der Grundstücksgrenze um 0,5 m zu entfernen) (STR 2.02.09:2005)¹.

In Norwegen sollte das Gebäude in einem Abstand von der Grundstücksgrenze stehen, der der halben Höhe des Gebäudes entspricht, aber nicht weniger als 4 m beträgt.²

In der Tschechischen Republik beträgt der Mindestabstand von der Grundstücksgrenze für das Gebäude jedoch 3,5 m oder 2 m.³

4. Von dem Entwurf betroffene Stellen

Gruppe	Größe	Datenquelle	Auswirkung
Investoren	ca. 15 Mio.	Eigene Schätzungen	Die Verordnungsentwürfe sollen baurägerfreundlich sein und sich positiv auf die Wohnqualität auswirken.
Bauunternehmen, Wohnungsgenossenschaften	Ca. 800+ ca. 3 000	Website www.Rynekpiertwojny.pl ⁴ und https://plus.gloswielkopolski.pl ⁵	Im Zusammenhang mit der Einführung zusätzlicher Anforderungen wie z. B. Spielplätzen, zunehmenden Abständen von der Grundstücksgrenze für ein Mehrfamilienhaus, Trennung von Balkonen – werden den Bauträgern und Genossenschaften zusätzliche Pflichten auferlegt.
Weitere Teilnehmer am Bauprozess (Planer, Entwicklungsinspektor, Bau-/Arbeitsleiter)	119 127 + 13 684	Polnische Kammer für Bauingenieure; Baukammer Architekten der Republik Polen	Transparenz des Vorschriftenentwurfs im Vergleich zur geltenden Verordnung. Durch die Einführung zusätzlicher Anforderungen wie z. B. Spielplätze, Trennung von Balkonen soll es einfacher sein, das Gebäude und seine

¹ Quelle: <https://www.statybunaujienos.lt/naujiena/kokie-turi-buti-astsumai-nuo-sklypo-ribos-pastato-priklausomai-nuo-pastato-auksio/17274>.

² <https://dibk.no/regelverk/byggteknisk-forskrift-tek17/6/6-3>

³ <http://domika.cz/builder/zasady%20umisteni%20stavby.htm>

⁴ <https://rynekpiertwojny.pl/wiadomosci-mieszkaniowe/ilu-deweloperow-dziala-w-duzych-miastach/11778/>

⁵ <https://plus.gloswielkopolski.pl/spoldzielnie-mieszkaniowe-o-krok-od-wielkiej-rewolucji-spoldzielcy-chca-wiecej-wplywow-i-kontroli/ar/c9-15646316>

			Umgebung benutzerfreundlich zu gestalten (durch klare Anforderungen).
Bürgermeister und Präsidenten von Städten mit Kreisrechten	308 +65	Zentrales Statistisches Amt	Gemäß Art. 80 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzes werden die Aufgaben der Architektur- und Bauverwaltung vom Bezirksgouverneur (starosta) wahrgenommen (bei Städten – Bürgermeister der Stadt). Das Inkrafttreten der Rechtsvorschriften schreibt den Bezirksgouverneuren (starosta) vor, die neuen Vorschriften anzuwenden.
Personen/Familien die eine Wohnung auf dem Primärmarkt kaufen	238 584 ⁶	Anzahl der fertiggestellten Wohngebäude im Jahr 2022 – aus dem Statistischen Zentralamt mit dem Titel „Wohnungsbau im Zeitraum Januar-Dezember 2022“	Im Zusammenhang mit der Einführung zusätzlicher Anforderungen wie z. B. Spielplätzen, der Trennung von Balkonen, Akustik, Abstände von der Grundstücksgrenze oder dem Abstand eines Produktions- oder Lagergebäudes zu einem Wohngebäude oder einer Mehrfamilienresidenz, sollen Gebäude und deren Umgebung so gestaltet werden, dass der Wohnkomfort und die Nutzung des gemeinsamen Raums gewährleistet sind.
Personen mit Behinderungen	Zwischen 3 bis 7 Millionen	Ministerium für Familie und Sozialpolitik Website ⁷	Durch die Einführung einer Verordnung über die Bereitstellung öffentlicher Räume für die Barrierefreiheit für Erwachsene mit besonderen Bedürfnissen in bestimmten Arten von Gebäuden wird der Komfort von Menschen mit besonderen Bedürfnissen und ihren Betreuern erhöht, wodurch es ihnen erleichtert wird, an öffentlichen Orten zu arbeiten. Als Folge der Einführung der Verantwortung, den Zugang zu Kinderspielplätzen in Mehrfamilienhäusern für Personen mit besonderen Bedürfnissen zu gewährleisten, soll es möglich sein, sowohl Kinder als auch Betreuungspersonen von

⁶ in der CSO-Studie wurde nicht angegeben, ob nur Mehrfamilien- oder auch Einfamilienhäuser berücksichtigt wurden

⁷ <https://www.gov.pl/web/popcwsparcie/ile-jest-osob-z-niepelnosprawnosciami-w-polsce>

			Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu integrieren.
--	--	--	--

5. Informationen über Umfang und Dauer der Konsultationen und Zusammenfassung der Konsultationsergebnisse

Gemäß Artikel 5 des Gesetzes vom 7. Juli 2005 über Lobbytätigkeiten im Gesetzgebungsprozess (Gesetzblatt 2017, Pos. 248) und § 52 Nr. 190 des Ministerrates vom 29. Oktober 2013 – Geschäftsordnung des Ministerrates (M.P. von 2022, Punkt: 348), der Verordnungsentwurf wurde am 27. April 2023 im Öffentlichen Informationsblatt des Regierungsgesetzgebungszentrums über die Website „Gesetzgebungsverfahren der Regierung“ veröffentlicht.

Gleichzeitig wurde der Verordnungsentwurf an Einrichtungen verteilt, darunter:

- 1) Architektenkammer der Republik Polen – Nationalrat (Izba Architektów Rzeczypospolitej Polskiej – Krajowa Rada);
- 2) Polnische Kammer für Bauingenieure – Nationalrat (Polska Izba Inżynierów Budownictwa – Krajowa Rada);
- 3) Generaldirektor der Nationalforsten (Dyrektor Generalny Lasów Państwowych);
- 4) Direktor des Polnischen Zentrums für Akkreditierung (Polskie Centrum Akredytacji);
- 5) Generaldirektor für Nationalstraßen und Autobahnen (Generalny Dyrektor Dróg Krajowych i Autostrad);
- 6) Zentraler Verkehrshafen (Centralny Port Komunikacyjny);
- 7) Polnische Eisenbahnen (PKP Polskie Linie Kolejowe S.A.);
- 8) Nationales Unternehmen „Porty Lotnicze“ (Przedsiębiorstwo Państwowe „Porty Lotnicze“);
- 9) Präsident der polnischen Flugsicherungsagentur (Polska Agencja Żeglugi Powietrznej);
- 10) Präsident des Obersten Rechnungshofs (Najwyższa Izba Kontroli);
- 11) Präsident der Zivilluftfahrtbehörde (Urządu Lotnictwa Cywilnego);
- 12) Präsident des Amtes für Wettbewerb und Verbraucherschutz [Urząd Ochrony Konkurencji i Konsumentów];
- 13) Generalinspektor für den Schutz personenbezogener Daten (Urząd Ochrony Danych Osobowych);
- 14) Bürgerbeauftragter für kleine und mittlere Unternehmen [Rzecznik Małych i Średnich Przedsiębiorców].
- 15) Präsident des Polnischen Komitees für Normung (Polski Komitet Normalizacyjny)
- 16) Präsident der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Polen (Prezes Prokuraturii Generalnej Rzeczypospolitej Polskiej);
- 17) Bürgerbeauftragter für kleine und mittlere Unternehmen [Rzecznik Małych i Średnich Przedsiębiorców].
- 18) Woiwode von Dolnośląskie;
- 19) Woiwode der Provinz Kujawsko-Pomorskie;
- 20) Woiwode der Provinz Lubelskie;
- 21) Woiwode der Provinz Lubuskie;
- 22) Woiwode der Provinz Łódzkie;
- 23) Woiwode der Provinz Małopolskie;
- 24) Woiwode der Provinz Mazowieckie;
- 25) Woiwode der Provinz Opolskie;
- 26) Woiwode der Provinz Podkarpackie;
- 27) Woiwode der Provinz Podlaskie;
- 28) Woiwode der Provinz Pomorskie;
- 29) Woiwode der Provinz Śląskie;
- 30) Woiwode der Provinz Świętokrzyskie;
- 31) Woiwode der Provinz Warmińsko-Mazurskie;
- 32) Woiwode der Provinz Wielkopolskie;
- 33) Woiwode der Provinz Zachodniopomorskie.
- 34) Generaldirektor für Umweltschutz (Generalny Dyrektor Ochrony Środowiska);
- 35) Hauptinspektor für Umweltschutz (Główny Inspektor Ochrony Środowiska);
- 36) Hauptgewerbeaufsichtsbeamter (Główny Inspektor Pracy);
- 37) Oberster Sanitärinspektor (Główny Inspektor Sanitarny);
- 38) Leiter der staatlichen Feuerwehr (Komendant Główny Państwowej Straży Pożarnej);

- 39) Präsident der Agentur für militärisches Eigentum (Prezes Agencji Mienia Wojskowego);
- 40) Direktor des Nationalen Zentrums für landwirtschaftliche Unterstützung (Dyrektor Krajowego Ośrodka Wsparcia Rolnictwa);
- 41) Präsident der Agentur für strategische Reserven der Regierung [Rządowa Agencja Rezerw Strategicznych];
- 42) Präsident des Zentralbüros für Maßnahmen [Główny Urząd Miar];
- 43) Präsident des Statistischen Hauptamts (Prezes Głównego Urzędu Statystycznego);
- 44) Präsident des Büros für technische Inspektion [Urząd Dozoru Technicznego];
- 45) Präsident des Amtes für elektronische Kommunikation (Prezes Urzędu Komunikacji Elektronicznej);
- 46) Verwaltungsrat des Polnischen Zentrums für Prüfung und Zertifizierung (Zarząd Polskiego Centrum Badań i Certyfikacji);
- 47) Gewerkschaft der Bauarbeiter [Związek Zawodowy Budowlani];
- 48) Vereinigung der polnischen Metropolen (Unia Metropolii Polskich);
- 49) Vereinigung der polnischen Städte (Unia Miasteczek Polskich);
- 50) Vereinigung der ländlichen Gemeinden der Republik Polen (Związek Gmin Wiejskich Rzeczypospolitej Polskiej);
- 51) Verband der polnischen Städte und Gemeinden (Związek Miast Polskich);
- 52) Vereinigung der polnischen Distrikte (Związek Powiatów Polskich);
- 53) Vereinigung der Provinzen der Republik Polen (Związek województw Rzeczypospolitej Polskiej);
- 54) „Solidarność“ Gewerkschaft (NSZZ „Solidarność“);
- 55) Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych);
- 56) Forum der Gewerkschaften (Forum Związków Zawodowych);
- 57) Arbeitgeberverband Polens (Pracodawcy Rzeczypospolitej Polskiej);
- 58) Konfederacja Lewiatan (Polnischer Bund Lewiatan);
- 59) Polnischer Handwerksverband (Związek Rzemiosła Polskiego);
- 60) Business Centre Club Vereinigung der Arbeitgeber [Związek Pracodawców Business Centre Club];
- 61) Związek Przedsiębiorców i Pracodawców (Vereinigung der Unternehmer und Arbeitgeber);
- 62) Verband polnischer Unternehmer [Federacja Przedsiębiorców Polskich].
- 63) Präsident des Rates für den sozialen Dialog (Przewodniczący Rady Dialogu Społecznego)

Der Verordnungsentwurf wurde folgenden Einrichtungen zur öffentlichen Konsultation vorgelegt:

- 1) Vereinigung polnischer Architekten (Stowarzyszenie Architektów Polskich);
- 2) Polnischer Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes (Polski Związek Pracodawców Budownictwa);
- 3) Kammer für Bauplanung (Izba Projektowania Budowlanego);
- 4) Polnischer Verband der Bauingenieure und Techniker [Polski Związek Inżynierów i Techników Budownictwa];
- 5) Polnischer Verband der Ingenieurverbände, Zentrale Technische Organisation (Federacja Stowarzyszeń Naukowo-Technicznych, Naczelna Organizacja Techniczna);
- 6) Stiftung für die Entwicklung des polnischen Unternehmertums (Fundacja Rozwoju Polskiej Przedsiębiorczości);
- 7) Institut für Immobilienmanagement (Instytut Gospodarki Nieruchomościami);
- 8) Bund der Bau- und Immobilienwirtschaft (Konfederacja Budownictwa i Nieruchomości);
- 9) Nationale Wirtschaftskammer (Krajowa Izba Gospodarcza);
- 10) Polnische Agentur für Unternehmensentwicklung (Polska Agencja Rozwoju Przedsiębiorczości);
- 11) Polnischer Immobilienmarktverband (Polska Federacja Rynku Nieruchomości);
- 12) Polnische Baukammer (Polska Izba Budownictwa);
- 13) Polnische Verband der Entwickler (Polski Związek Firm Deweloperskich);
- 14) Polnischer Verband der Kranhersteller (Polskie Stowarzyszenie Producentów Dźwigów);
- 15) Polnischer Wohnungsbauverband (Polskie Towarzystwo Mieszkaniowe);
- 16) Polnische Vereinigung der Sanitäringenieure und Techniker (Polskie Zrzeszenie Inżynierów i Techników Sanitarnych);
- 17) Ständige Vertretung des polnischen Baukongresses (Stałe Przedstawicielstwo Kongresu Budownictwa Polskiego);
- 18) Bauträgerverband der Häuser und des Wohnungsbaus (Stowarzyszenie Budowniczych Domów i Mieszkań);
- 19) Verband der Feuerwehringenieur und -techniker (Stowarzyszenie Inżynierów i Techników Pożarnictwa);

- 20) Verband der Baukostenschätzer (Stowarzyszenie Kosztorysantów Budowlanych);
- 21) Verband moderner Gebäude (Stowarzyszenie Nowoczesne Budynki);
- 22) Nationaler Verband der Hersteller von Brandschutz- und Rettungsausrüstungen (Ogólnopolskie Stowarzyszenie Producentów Zabezpieczeń Przeciwpowozarowych i Sprzętu Ratunkowego);
- 23) Östliches Gebäudecluster (Wschodni Klaster Budowlany);
- 24) Verband der Brandschutzingenieure (Stowarzyszenie Inżynierów Bezpieczeństwa Powozarowego);
- 25) Ar-Ka Katholische Architektenvereinigung (Stowarzyszenie Architektów Katolickich Ar-Ka);
- 26) Blisko-Stiftung (Fundacja Blisko);
- 27) Polnische Handelskammer für Elektronik und Telekommunikation (Krajowa Izba Gospodarcza Elektroniki i Telekomunikacji);
- 28) Polnisches Komitee für Blitzschutz, Vereinigung polnischer Elektroingenieure (Polski Komitet Ochrony Odgromowej Stowarzyszenie Elektryków Polskich);
- 29) Nationaler Verband zur Förderung des nachhaltigen Bauens (Ogólnokrajowe Stowarzyszenie Wspierania Budownictwa Zrównoważonego);
- 30) Verband der Freunde der Integration [Stowarzyszenie Przyjaciół Integracji];
- 31) Polnische Stiftung ohne Barrieren (Fundacja Polska Bez Barier);
- 32) Polnischer Gehörlosenverband (Polski Związek Głuchych);
- 33) Polnischer Blindenverband (Polski Związek Niewidomych);
- 34) TUS-Stiftung (Fundacja TUS);
- 35) Zentrum für universelles Design (Centrum Projektowania Uniwersalnego);
- 36) 60+ Stiftung Architekturlabor (Fundacja Laboratorium Architektury 60+);
- 37) Verband der Sanitärsachverständigen (Stowarzyszenie Rzeczoznawców Sanitarnohigienicznych);
- 38) Polnische Kammer für flüssige Brennstoffe [Polska Izba Paliw Płynnych];
- 39) Polnische Organisation für Ölindustrie und -handel (Polska Organizacja Przemysłu i Handlu Naftowego);
- 40) Republikanische Stiftung (Fundacja Republikańska);
- 41) Polnische Kammer für Informationstechnologie und Telekommunikation (Polska Izba Informatyki i Telekomunikacji);
- 42) Instytut Badawczy Dróg i Mostów (Forschungsinstitut für Straßen- und Brückenforschung)
- 43) Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (Instytut Rozwoju Miast i Regionów);
- 44) Polnisches Komitee für geotechnisches Ingenieurwesen (Polski Komitet Geotechniki);
- 45) Polnischer Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes (Polski Związek Pracodawców Budownictwa);
- 46) Polnischer Verband von Gutachtern und Sachverständigen (Polskie Stowarzyszenie Rzeczoznawców i Biegłych sądowych);
- 47) Polnischer Verband für ökologisches Bauen (Polskie Stowarzyszenie Budownictwa Ekologicznego);
- 48) Verband des sozialen Bauwesens (Stowarzyszenie Budownictwa Społecznego);
- 49) Verband der polnischen Elektriker (Stowarzyszenie Elektryków Polskich);
- 50) Verband der Wohnungsbaugenossenschaften in Polen (Unia Spółdzielców Mieszkaniowych w Polsce);
- 51) Prüfungsverband der Wohnungsbaugenossenschaften der Republik Polen (Związek Rewizyjny Spółdzielni Mieszkaniowych RP);
- 52) Verband der Kommunikationsingenieure und Techniker der Republik Polen (Stowarzyszenie Inżynierów i Techników Komunikacji Rzeczpospolitej Polskiej);
- 53) Bundesweiter Verband von Gutachtern und Beratern für öffentliches Beschaffungswesen (Ogólnopolskie Stowarzyszenie Rzeczoznawców i Konsultantów Zamówień Publicznych);
- 54) Verband der Polnischen Kammer für Gewerbeimmobilien (Stowarzyszenie Polska Izba Nieruchomości Komercyjnych);
- 55) Institut für Bautechnik [Instytut Techniki Budowlanej];
- 56) Industrie- und Handelskammer für Stahl [Hutnicza Izba Przemysłowo-Handlowa];
- 57) Nationaler Verband zur Förderung des nachhaltigen Bauens (Ogólnokrajowe Stowarzyszenie Wspierania Budownictwa Zrównoważonego);
- 58) Polnischer Verband der Kleingärtner (Polski Związek Działkowców);
- 59) Nationales Institut für Architektur und Stadtplanung (Narodowy Instytut Architektury i Urbanistyki);
- 60) Zentrum „Łukasiewicz“ (Centrum Łukasiewicz);
- 61) Polska Izba Komunikacji Elektronicznej (Polnische Kammer für Elektronische Kommunikation);
- 62) Polnische Straßenbaukammer (Ogólnopolska Izba Gospodarcza Drogownictwa);

- 63) Verband der polnischen Kammer der Stadtplaner (Stowarzyszenie Polska Izba Urbanistów);
- 64) Verband der polnischen Stadtplaner (Stowarzyszenie Urbanisci Polscy);
- 65) Gesellschaft für die Denkmalpflege (Towarzystwo Opieki nad Zabytkami);
- 66) Gesellschaft der polnischen Stadtplaner (Towarzystwo Urbanistów Polskich);
- 67) Arbeitgeberunion der Ziegel- und Fliesenindustrie (Związek Pracodawców Ceramiki Budowlanej);
- 68) Arbeitgeberunion – Baustoffhersteller (Związek Pracodawców – Producentów Materiałów dla Budownictwa);
- 69) Polnischer Verband der Hersteller von Verbundplatten und Dämmstoffen (PU Polska Związek Producentów Płyt Warstwowych i IZOLACJI);
- 70) Polnische Organisation für die Entwicklung der Wärmepumpentechnologie PORT PC (Polska Organizacja Rozwoju Technologii Pomp Ciepła PORT PC);
- 71) Polnische Verband der Organisationen der Immobilienverwalter, -manager und -eigentümern (Polska Federacja Organizacji Zarządców, administratorów i Właścicieli Nieruchomości);
- 72) Polnischer Verband der Baustoffhersteller und -vertreiber (Polska Federacja Producentów i Dystrybutorów Materiałów Budowlanych);
- 73) Der Polnische Verband der Gutachterverbände (Polska Federacja Stowarzyszeń Rzeczników Majątkowych);
- 74) Polnische Handelskammer für Elektrotechnik (Polska Izba Gospodarcza Elektrotechniki);
- 75) Institut für Keramik und Baustoffe (Instytut Ceramiki i Materiałów Budowlanych);
- 76) Polnischer Fenster- und Türenverband (Związek Polskie Okna i Drzwi);
- 77) Verband der Zementhersteller (Stowarzyszenie Producentów Cementu);
- 78) Verband der Holzplattenhersteller in Polen (Stowarzyszenie Producentów Płyt Drewnopochodnych w Polsce);
- 79) Polnischer Verband der Styroporhersteller [Polskie Stowarzyszenie Producentów Styropianu];
- 80) Polnischer Verband der Hersteller von Kunststoffrohren und -profilen [Polskie Stowarzyszenie Producentów Rur i Kształtek z Tworzyw Sztucznych];
- 81) Polnischer Verband der Transportbetonhersteller (Stowarzyszenie Producentów Betonu Towarowego w Polsce);
- 82) Polnischer Verband der Stahldistributoren [Polska Unia Dystrybutorów Stali];
- 83) Verband der Betonhersteller [Stowarzyszenie Producentów Betonu];
- 84) Polnischer Gipsverband (Polskie Stowarzyszenie gipsu);
- 85) Polnischer Verband der Hersteller und Verarbeiter von PUR- und PIR-Polyurethan-Isolierungen „SIPUR“ (Polski Związek Producentów i Przetwórców IZOLACJI Poliuretanowych PUR i PIR „SIPUR“);
- 86) Verband der Polystyrolhersteller (Stowarzyszenie Producentów Styropianu);
- 87) Verband für Wärmedämmsysteme (Stowarzyszenie na Rzecz Systemów Ociepleń);
- 88) Polnischer Belüftungsverband (Stowarzyszenie Polska Wentylacja);
- 89) Stowarzyszenie Producentów i Importerów Urządzeń Grzewczych [Verband der Hersteller und Importeure von Heizgeräten];
- 90) Verband der Energiezertifizierer und -auditoren (Stowarzyszenie Certyfikatorów i Audytorów Energetycznych);
- 91) Polnischer Verband für alternative Kraftstoffe (Polskie Stowarzyszenie Paliw Alternatywnych);
- 92) Polnischer Verband der Arbeitgeber der Rechtsberufe (Polski Związek Pracodawców Prawniczych);
- 93) Stiftung FreeMOM (Fundacja Freemom);
- 94) Zoiu Verband der Stadtplaner (Stowarzyszenie Urbanistów Zoiu);
- 95) Polnischer Korrosionsschutzverband (Polskie Stowarzyszenie Korozyjne);
- 96) Handelskammer der polnischen Hotelindustrie (Izba Gospodarcza Hotelarstwa Polskiego);
- 97) Miwo – Verband der Mineral-, Glas- und Steinwollehersteller (Miwo – Stowarzyszenie Producentów Wełny MINERALNEJ Szklanej i Skalnej);
- 98) Stiftung der Industrie der Zukunft (Fundacja Platforma Przemysłu Przyszłości);
- 99) Verband für Wärmedämmsysteme (Stowarzyszenie na Rzecz Systemów Ociepleń);
- 100) Verband der nationalen Designer und Ingenieure (Związek Ogólnopolski Projektantów i Inżynierów).

Die Ergebnisse der Rückmeldungen und der öffentlichen Konsultationen wurden in dem in § 51 des Beschlusses Nr. 190 des Ministerrats vom 29. Oktober 2013 – Beschäftigungsverordnung des Ministerrats genannten Konsultationsbericht erörtert. Der Konsultationsbericht enthielt auch Informationen über Einrichtungen, die ihr Interesse an der Mitarbeit an der Verordnung gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Juli 2005 über Lobbytätigkeiten im Gesetzgebungsprozess eingereicht haben.

6. Auswirkungen auf den öffentlichen Finanzsektor

(Festpreise für das Jahr)	Auswirkungen im Zeitraum von 10 Jahren nach Umsetzung der Änderungen [in Mio. PLN]											
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	Gesamt (0–10)
Einnahmen gesamt												
Staatshaushalt												
Kommunalverwaltungen												
andere Einheiten (gesondert)												
Ausgaben gesamt												
Staatshaushalt												
Kommunalverwaltungen												
andere Einheiten (gesondert)												
Saldo insgesamt												
Staatshaushalt												
Kommunalverwaltungen												
andere Einheiten (gesondert)												
Finanzierungsquellen	Es besteht keine Notwendigkeit, die Finanzierungsquellen zu ermitteln.											
Zusatzinformationen einschließlich Angabe der Datenquellen und der, den Berechnungen zugrunde liegenden, Annahmen	Das Inkrafttreten des Verordnungsentwurfs wird keine Ausgaben aus dem Staatshaushalt, den Haushalten der Kommunalverwaltungen oder den Haushalten anderer Einheiten erfordern. Gleichzeitig wird er keine Einnahmen für den Staatshaushalt, die Haushalte der Kommunalverwaltungen oder die Haushalte anderer Einheiten generieren.											

7. Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Unternehmertum, einschließlich der Funktionsweise von Unternehmen, und Auswirkungen auf Familien, Bürger und Haushalte

		Auswirkungen						
Zeit in Jahren seit Inkrafttreten der Änderungen		0	1	2	3	5	10	Gesamt (0–10)
In Geldwerten (in Millionen PLN, Festpreise für ... (Jahr))	Großunternehmen							
	Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen							
	Familien, Bürger und Haushalte							
	(hinzufügen/entfernen)							
In nicht-monetären Begriffen	Großunternehmen	Es sind keine Auswirkungen auf Großunternehmen vorgesehen.						
	Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen	<p>Die Änderungen der Verordnung haben Auswirkungen auf Unternehmen, die im Bereich des Mehrfamilienhausbaus tätig sind, da die Anpassung an strengere Anforderungen bei der Gestaltung von Mehrfamilienwohnbauwerken und der Grundstücksentwicklung erforderlich ist.</p> <p>Es wurden jedoch nur die Verantwortlichkeiten auferlegt, die nach Ansicht des Verfassers erforderlich sind, um das Hauptziel der Änderung zu erreichen, d. h. zunächst die Praktiken im Zusammenhang mit dem sogenannten „Pathoentwickler“ einzuschränken.</p> <p>Angesichts der Veränderungen, die darauf abzielen, den Komfort der Bewohner zu erhöhen und gleichzeitig zur Erhöhung der Transparenz der Vorschriften beizutragen, soll die Attraktivität Polens als Investitionsort gestärkt werden.</p>						

		Durch die Hinzufügung von Anforderungen zur Verbesserung der Vorschriften für die Durchführung von Wohnungsinvestitionen sollen attraktivere Projekte für die Bürgerinnen und Bürger auf den Markt gebracht werden. Die Verordnung wird sich positiv auf den Sektor Kleinst- und Kleinunternehmen auswirken, da die Zahl der Investitionen in komfortable und funktionalere Wohnimmobilien und damit die Aktivität des Sektors voraussichtlich steigen wird. Es scheint, dass die neuen Vorschriften höhere Kosten für Bauträger und Genossenschaften oder Wohngemeinschaften verursachen, aber sie werden zu einem besseren Wohnkomfort der Bewohner neuer Gebäude führen. Es ist schwierig, den Umfang der Kostensteigerungen aufgrund der Einführung der Verordnung einzuschätzen.
	Familien, Bürger und Haushalte	Die Einführung der Änderungen zielt darauf ab, den Komfort des Lebens von Bürgern, Familien mit Kindern, zu erhöhen, indem dem Verhalten von „Pathoentwickler“ entgegengewirkt wird. Es war notwendig, Fragen zu regeln, die eng mit der Lebensqualität zusammenhängen, einschließlich der Art und Weise, wie wir leben und ob wir die richtigen Bedingungen haben, um uns in unserer eigenen Wohnung zu erholen. Diese Veränderungen werden zu einer besseren Lebensqualität führen.
	Menschen mit besonderen Bedürfnissen	In Mehrfamilienhauskomplexen sollen Erholungsgebiete geschaffen und an Menschen mit besonderen Bedürfnissen angepasst werden. Spielplätze für Menschen mit besonderen Bedürfnissen sollen neben Mehrfamilienwohngebäuden gebaut werden. In einigen neuen Gebäuden sollen öffentliche Versorgungseinrichtungen so konzipiert sein, dass sie für Erwachsene mit besonderen Bedürfnissen besser zugänglich sind. Dank dieser Lösung soll der Lebenskomfort für diese Menschen und ihre Begleiter oder Pfleger verbessert werden. Weitreichende Veränderungen zielen darauf ab, Chancengleichheit zu schaffen und den Komfort des Lebens zu verbessern. Die neuen Vorschriften müssen höhere Kosten für Einrichtungen mit sich bringen, die dafür verantwortlich sind, die Räume für Erwachsene mit besonderen Bedürfnissen besser zugänglich zu machen, sie sollen jedoch zu einem besseren Wohnkomfort der Bewohner neuer Gebäude und zu ihrem besseren Funktionieren im öffentlichen Raum führen. Es ist schwierig, den Umfang der Kostensteigerungen aufgrund der Einführung der Verordnung einzuschätzen.
Nicht messbar	(hinzufügen/entfernen)	
	(hinzufügen/entfernen)	
Zusatzinformationen einschließlich Angabe der Datenquellen und der, den Berechnungen zugrunde liegenden, Annahmen		
8. Änderung des Regelungsaufwands (einschließlich Offenlegungspflichten) durch den Entwurf		
<input checked="" type="checkbox"/> nicht zutreffend		
Die Belastungen liegen außerhalb der von der EU ausdrücklich vorgeschriebenen Belastungen (Einzelheiten sind der invertierten Kompatibilitätstabelle zu entnehmen).	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/> nicht zutreffend	
<input type="checkbox"/> Verringerung der Anzahl der Unterlagen <input type="checkbox"/> Verringerung der Anzahl der Verfahren <input type="checkbox"/> Verkürzung der Frist für die Erledigung der Angelegenheit <input type="checkbox"/> Sonstiges:	<input type="checkbox"/> Erhöhung der Anzahl der Unterlagen <input type="checkbox"/> Erhöhung der Anzahl der Verfahren <input type="checkbox"/> Verlängerung der Frist für die Erledigung der Angelegenheit <input type="checkbox"/> Sonstiges:	
Die eingeführten Belastungen sind für die Digitalisierung geeignet.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/> nicht zutreffend	

<p>Anmerkung: Es sind keine Auswirkungen auf den öffentlichen Finanzsektor, einschließlich des Staatshaushalts und der Kommunen, vorgesehen. Die einzige potenzielle Belastung kann den Bau von zugänglicheren Räumen für Erwachsene mit besonderen Bedürfnissen in bestimmten Arten von öffentlichen Gebäuden (z. B. Bahnhöfe, Krankenhäuser) beinhalten, aber es ist schwierig, diese Kosten zu bestimmen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Verantwortung für neu gestaltete Gebäude gilt und daher nur einen Bruchteil des Werts der gesamten Bebauung ausmacht.</p>		
9. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt		
<p>Das Inkrafttreten der Verordnung berührt nicht den regionalen Arbeitsmarkt.</p>		
10. Auswirkungen auf andere Bereiche		
<div><input checked="" type="checkbox"/> Natürliche Umwelt</div> <div><input type="checkbox"/> Die Lage und die Entwicklung der Regionen</div> <div><input type="checkbox"/> Gemeinsame Verwaltungs- oder Militärgerichte</div>	<div><input type="checkbox"/> Demographie</div> <div><input type="checkbox"/> Staatseigentum</div> <div><input checked="" type="checkbox"/> Sonstiges: Bau</div>	<div><input type="checkbox"/> Informatisierung</div> <div><input type="checkbox"/> Gesundheit</div>
<p>Erörterung der Auswirkungen</p>	<p>Bau: Die Präzisierung der Vorschriften soll eine größere Stabilität bei der Durchführung des Investitions- und Bauprozesses gewährleisten und den Käufern von Wohnungen im Zusammenhang mit dem Phänomen der sogenannten „Pathoentwickler“ Sicherheit bieten.</p> <p>Die Umwelt: Die in den Vorschriften eingeführten Änderungen sollen zur Verbesserung der Bauqualität in Polen beitragen, indem die Wohnbedingungen verbessert werden. Sie wirken sich auch positiv auf den Schutz der natürlichen Umwelt aus, indem sie das Phänomen der „betonierten“ Flächen beseitigen.</p>	
11.Geplante Umsetzung der Bestimmungen des Gesetzes		
<p>Die Verordnung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.</p>		
12.Wie und wann werden die Auswirkungen des Verordnungsentwurfs bewertet, und welche Maßnahmen werden ergriffen?		
<p>Aufgrund des Gegenstands der Verordnung ist die Bewertung der Auswirkungen des Projekts nicht geplant.</p>		
13.Anhänge (wichtige Referenzdokumente, Studien, Analysen usw.)		
<p>Keine Anhänge.</p>		